

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

1. Die Regelungen und Grundsätze sowie die Maßnahmen des POR in den verschiedenen Fachbereichen im Kampf gegen vorurteilsmotivierte Diskriminierungen im beruflichen Kontext und für die Förderung der Vielfalt in der Belegschaft der LHM werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Vorschlag des POR, ein Austauschgespräch zwischen den Antragstellenden Stadträt*innen, der Fachstelle für Demokratie, den Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen (GUAD) und dem POR mit externer Expertise durch „Citizens For Europe“ durchzuführen, wird zugestimmt. Inhaltlich soll sich im Rahmen des Stadtratsfachgesprächs über Maßnahmen gegen Vorurteils kriminalität ausgetauscht und weitere Handlungsempfehlungen zu Diskriminierungserfahrungen im beruflichen Kontext erörtert werden.
3. Der bestehende Stadtratsantrag Maßnahmen gegen Vorurteils kriminalität III – Teil 2 wurde aufgegriffen und wird in Kooperation mit der Fachstelle für Demokratie geschäftsordnungsmäßig erledigt.
4. Die Beschlussvorlage unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.